

Niederschrift

der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile am 25.09.2018

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	18:35 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Horn
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 21.08.2018	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
5.	Diskussion zur Einführung einer Ortsteilverfassung für alle Ortsteile BE: alle Ausschussmitglieder	

- hinzugezogen: alle Ortsteilbürgermeister;
Beauftragter für Ortsteile und Ehrenamt
6. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates
- 6.1. Verweisung aus der Stadtratssitzung vom 27.06.2018 **1244/18**
Vertagung vom 21.08.2018
Baumpflege am Sportplatz in Hochstedt
BE: Fragestellerin Ortsteilbürgermeisterin Hochstedt
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau,
Verkehr und Liegenschaften
- 6.2. Verweisung aus der Stadtratssitzung vom 27.06.2018 **1251/18**
Vertagung vom 21.08.2018
Lärmbelästigung in der Meienbergstraße
BE: Fragestellerin Frau Walsmann, Fraktion CDU
hinzugezogen: Beigeordnete für Umwelt, Kultur und Sport;
Sprecher der "Anliegergemeinschaft Meienbergstraße"
- 6.2.1. Vertagung vom 21.08.2018 **1424/18**
Festlegung aus der öff. Sitzung des StR vom 27.06.2018 zum
TOP 6.2.16 (DS 1251/18 - Lärmbelästigung in der Meienberg-
straße) - Nachfragen
BE: Beigeordnete für Umwelt, Kultur und Sport
hinzugezogen: Sprecher der "Anliegergemeinschaft Meien-
bergstraße"
- 6.2.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO vom **1719/18**
21.08.2018 zum TOP 5.2 + 5.2.1 (DS 1251/18 u. 1424/18) -
Lärmbelästigung in der Meienbergstraße ...etc. - hier: ord-
nungsrechtliche Möglichkeiten
BE: Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirt-
schaft;
Leiterin des Bauamtes
hinzugezogen: Sprecher der "Anliegergemeinschaft Meien-
bergstraße"
- 6.3. Verweisung aus der Stadtratssitzung vom 05.09.2018 **1740/18**
Flächen- und Waldbrände
BE: Fragesteller Herr Metz, Fraktion SPD
hinzugezogen: Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit
und Wirtschaft
7. Festlegungen des Ausschusses

- 7.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO 27.02.2018 - TOP 5.1 ff. ... Dringliche Anfrage - Busverbindung in die Innenstadt... hier: Fahrplankonzept Testphase Weihnachtsmarkt
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften **0539/18**
- 7.2. Vertagung vom 08.05.2018 **0765/18**
Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO vom 10.04.2018 zu TOP 6.2.1 - "...Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO vom 22.08.2017 - "TOP 5.2., 5.2.1..." hier: Budget Mülleimer etc.
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften
- 7.3. Vertagung vom 08.05.2018 **0767/18**
Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO vom 10.04.2018 zu TOP 7.4 -Sicherheit im Umfeld der IGS Erfurt-Johannesplatz-
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften
hinzugezogen: Ortsteilbürgermeisterin Johannesplatz
- 7.4. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung BuV vom 26.04.2018 und OSO vom 08.05.2018 **0915/18**
Konzept zum ruhenden Lkw-Verkehr im Güterverkehrszentrum (GVZ) Erfurt (DS 0662/18)
hier: Informationen zum aktuellen Sachstand
BE: Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft
hinzugezogen: Ortsteilbürgermeister/in Azmannsdorf, Büßleben, Hochstedt, Linderbach, Vieselbach
- 7.5. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO vom 21.08.2018 zum TOP 5.8 - Bearbeitungsstand der Planung eines Sport- und Funktionsgebäudes (DS 1346/18) - hier: Umsetzungsstand Vorhaben **1720/18**
BE: Beigeordnete für Umwelt, Kultur und Sport
hinzugezogen: Werkleitung Erfurter Sportbetrieb;
Ortsteilbürgermeister Windischholzhausen
8. Informationen

- 8.1. Vertagung vom 08.05.2018 0293/18
Maßnahmepaket Ehrenamt FF
BE: Leiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und
Katastrophenschutz
- 8.2. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Durch den Vorsitzenden des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile, Herrn Horn, Fraktion CDU, wurde die öffentliche Sitzung eröffnet und die form- und fristgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit festgestellt. Er begrüßte die geladenen Gäste.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Die Ausschussmitglieder wurden durch den Vorsitzenden, Herrn Horn, Fraktion CDU, darüber in Kenntnis gesetzt, dass der TOP 6.2, 6.2.1 und 6.2.2,

- **Drucksach 1251/18** – Lärmbelästigung in der Meienbergstraße
- **Drucksache 1424/18** – Festlegung aus der öff. Sitzung des StR vom 27.06.2018 zum TOP 6.2.16 (DS 1251/18 - Lärmbelästigung in der Meienbergstraße) - Nachfragen
- **Drucksache 1719/18** – Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO vom 21.08.2018 zum TOP 5.2 + 5.2.1 (DS 1251/18 u. 1424/18) - Lärmbelästigung in der Meienbergstraße ...etc. - hier: ordnungsrechtliche Möglichkeiten

aufgrund der geladenen Gäste, vorgezogen und gemeinsamen behandelt werden sollte. Es wurde Herrn Metz, Fraktion SPD, das Wort erteilt, welcher darüber informierte, dass zu den genannten Tagesordnungspunkten ebenfalls die Mitbetreiberin der Lokalität "Nacht-schicht" anwesend ist. Er beantragte aus diesem Grund für diese das Rederecht. Es wurde ebenfalls das Rederecht für den Sprecher der Anliegergemeinschaft "Meienbergstraße", durch Frau Walsmann, Fraktion CDU, beantragt. Dies erteilte der Ausschuss auf Nachfrage des Vorsitzenden einvernehmlich.

Des Weiteren wurde durch den Vorsitzenden mitgeteilt, dass der TOP 6.1

- **Drucksache 1244/18** – Baumpflege am Sportplatz in Hochstedt –

durch die Fragestellerin bis April 2019 vertagt wurde.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung wurden nicht gestellt. Der Ausschuss stimmte der geänderten Tagesordnung mit **Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0** sowie Erteilung des Rederechts einstimmig zu.

3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 21.08.2018

genehmigt Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

4. Dringliche Angelegenheiten

Es lagen keine dringlichen Angelegenheiten vor.

5. Diskussion zur Einführung einer Ortsteilverfassung für alle Ortsteile BE: alle Ausschussmitglieder hinzugezogen: alle Ortsteilbürgermeister; Beauftragter für Ortsteile und Ehrenamt

Die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes erfolgte nach TOP 6.2.

Es wurde in der letzten Stadtratssitzung deutlich, dass erheblicher Redebedarf bzgl. der Erweiterung der Ortsteilverfassung besteht, klärte der Ausschussvorsitzende, Herr Horn, Fraktion CDU, auf. Er erläuterte, dass die Diskussion im öffentlichen Teil, die Abstimmung über die Entscheidungsvorlage selbst jedoch im nichtöffentlichen Teil stattfinden wird.

Zu Beginn ergriff Herr Poloczek-Becher, Fraktion FREIE WÄHLER/ FDP/ PIRATEN, das Wort und erläuterte, dass offensichtlich ein großes Interesse an der Stärkung von Bürgerbeteiligungen bestehe. U. a. ist dies beim neugegründeten Bürgerbeirat am Ringelberg zu sehen. Auch andere Ortsteile werden zunehmend aktiver. Nach der vergangenen Stadtratssitzung konnten Gespräche mit anderen Stadtratsmitgliedern geführt werden. Diese bekräftigten, dass es durchaus Handlungsbedarf gibt. Es werde betont, dass ein offener Dialog gewünscht wird und eine Stärkung der Ortsteile nicht unbedingt in Form der Einführung einer Ortsteilverfassung für jeden Ortsteil umgesetzt werden muss. Die Kosten als Ablehnungsgrund anzugeben, kann nicht nachvollzogen werden.

Herr Linnert, Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft, entgegnete, dass die Mittel der Stadt beschränkt sind. Die durch die Stadt eingenommenen Gelder müssen verteilt werden. Wenn weitere Kostenstellen hinzukommen, müssen diese neu verteilten Mittel an anderer Stelle gestrichen werden. Dies ist eine politische Entscheidung und keine Auspielen der einzelnen Beteiligten. Insofern müssen Prioritäten gesetzt werden. Der finanzielle Verfügungsrahmen der bereits existierenden Ortsteile würde sich schmälern.

Herrn Horn bekräftigte die Argumente, dass wenn man solche Maßnahmen umsetzt, dies nicht zu Lasten der bisher bestehenden Ortsteile gehen kann, also finanziell Einbußen hinzunehmen wären.

Durch Herrn Metz, Fraktion SPD, wurde ergänzt, dass eben bei dieser Sitzung zu sehen ist, welches Interesse besteht. Alle Ortsteilbürgermeister wurden zu dieser Beratung geladen, anwesend sind jedoch nur die Ortsteilbürgermeister, welche sowieso durch ihre engagierte Arbeit Allen bekannt sind. Das Problem besteht grundlegend, dass das Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht der Ortsteilräte zu gering ist, weshalb sowieso Unmut herrscht, führte er weiter aus. Die Ortsteilbürgermeister sind Anlaufstelle für alle den Ortsteil betreffenden Probleme, können jedoch nicht so mitentscheiden, wie sie es gerne würden, um Abhilfe zu schaffen. Die Motivation, sich in Ortsteilräten oder Ortsteilen zu engagieren,

wird nicht durch so eine Maßnahme gestärkt. Es müssen mehr Entscheidungsbefugnisse her. In anderen Städten wurden z. B. größere Einheiten gebildet und mehr Befugnisse eingeräumt.

Der Ortsteilbürgermeister Kersplebens, Herr Henkel, stimmte seinem Vorredner zu und ergänzte, dass die ländlichen Gebiete grundlegend andere Bedürfnisse haben als die Bewohner in der Stadt. Die z. B. in den dörflichen Ortsteilen arbeitenden Vereine gestalten das soziale Leben. Genau dafür werden die den Ortsteilen zugedachten Gelder u. a. verwendet. Eine Kürzung kann also nicht hingenommen werden.

Den Vorrednern widersprach Herr Berghofer, sachkundiger Bürger. Er teile die Ansicht von Herrn Poloczek-Becher, dass die Finanzierung nicht die einzige Priorität sein kann. Vielleicht könnte man durch eine Bürgerbefragung im Zeitraum der Kommunalwahl in den entsprechenden Ortsteilen genauer beleuchten, was die Bedürfnisse der Menschen wirklich sind.

Der Ortsteilbürgermeister des Herrnbergs und ebenfalls Ausschussmitglied, Herr Czentarra, Fraktion DIE LINKE., erinnerte, dass bei rund 200.000 Einwohner 41 Ortsteilbürgermeister bereits eine große Anzahl darstellen. Die Gebiete, welche z. B. mit sog. Ghettoisierung zu kämpfen haben, stehen vor diesem Problem, da ihre Bewohner sich nicht mit dem Ortsteil identifizieren. Außerdem sei zu Bedenken, dass bei Erhöhung der Anzahl der Ortsteile auch die Anzahl der Mitarbeiter in der Ortsteilbetreuung angepasst werden müsste.

Die Sinnhaftigkeit dieser angedachten Maßnahme wird leider nicht erkannt, teilte der Ortsteilbürgermeister Schmiras, Herr Richter mit. Bereits 2008 wurden die finanziellen Mittel wegen der Einführung neuer Ortsteile gekürzt. Im städtischen Raum stehen den Bürgern sowieso viel bessere Möglichkeiten für politische Willensbildung zur Verfügung.

Herr Metz sprach sich im Namen seiner Fraktion SPD ausdrücklich gegen die Einführung einer Ortsteilverfassung für alle Ortsteile aus. Jedoch gab er den Hinweis zu überprüfen, welche finanziellen Mittel z. B. Bürgerbeiräte bei der Stadt abrufen könnten, um in ihrer Arbeit unterstützt zu werden.

Herr Horn berichtete aus eigenen Erfahrungen, dass selbst in den ländlicheren Ortsteilen eine gespaltene Ansicht bzgl. des Themas Ortsteilverfassung bestehe.

Der Beauftragte für Ehrenamt und Ortsteile ergänzte, dass es durchaus viele Argumente für und gegen eine Einführung existieren. Grundlegend darf es aber keine Reduzierung der vorhandenen Mittel geben. Außerdem würde der Verwaltungsapparat wirklich gesprengt werden. Es wurde haushalterisch bereits mitgeteilt, was für 2019 notwendig ist. Bezüglich der Hinweise des Wohngebiets Ringelberg, ergänzte er, dass durchaus Kontakt durch die Quartiersmanagerin des Ringelbergs, wegen Unterstützung bei der Bildung des Bürgerbeirats, bestanden hat. Im Wesentlichen wurde dies durch die Diakonie ausgelobt. Diese bezahlen auch die Quartiersmanagerin. Der Impuls ist durch ein ganz konkretes Projekt aus der Wohlfahrtspflege gekommen.

Es wurde durch Herrn Poloczek-Becher zusammengefasst, dass sein Ansinnen tatsächlich darin bestand einen offenen Dialog anzustoßen. Eine wirkliche Lösung wird sicherlich nicht zeitnah gefunden werden. Es wurden sehr viele interessante Ansichten geteilt. Es muss aber eine Möglichkeit geben, den Menschen, die sich engagieren möchten, Hilfe zur Verfügung zu stellen. Er unterbreitete den Vorschlag fraktionsübergreifend, unter Einbindung der bestehenden Ortsteile, eine Arbeitsgruppe zu gründen, um Vor- und Nachteile und Ideen zusammenzutragen.

Aufgrund der angeregten Beratung, einigte sich der Ausschuss auf folgende Festlegung:

Drucksache 2073/18	Festlegungen Der Ausschuss bittet um Erläuterung, welche Möglichkeiten bzw. Voraussetzungen für bspw. Bürgerbeiräte oder Bürgerinitiativen vorliegen müssten, um durch die Landeshauptstadt Erfurt finanzielle Unterstützung zu erhalten. T.: 13.11.2018 V.: Beigeordnete für Finanzen (ff) unter Einbindung aller Dezernate
-------------------------------	--

6. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates

- 6.1. Verweisung aus der Stadtratssitzung vom 27.06.2018 1244/18
Vertagung vom 21.08.2018
Baumpflege am Sportplatz in Hochstedt
BE: Fragestellerin Ortsteilbürgermeisterin Hochstedt
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau,
Verkehr und Liegenschaften

Siehe TOP 2

vertagt

- 6.2. Verweisung aus der Stadtratssitzung vom 27.06.2018 1251/18
Vertagung vom 21.08.2018
Lärmbelästigung in der Meienbergstraße
BE: Fragestellerin Frau Walsmann, Fraktion CDU
hinzugezogen: Beigeordnete für Umwelt, Kultur und
Sport;
Sprecher der "Anliegergemeinschaft Meienbergstraße"

Die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes erfolgte nach TOP 4.

Die Fragestellerin Frau Walsmann, Fraktion CDU, informierte die Anwesenden, dass zwischenzeitlich in der Meienbergstraße eine weitere gastronomische Einrichtung eröffnet habe und außerdem in dem sich in der Straße befindlichen "Späti" Getränke bis 4:00 Uhr morgens erworben werden können. Die Lärmbelästigung habe sich somit weiter verschärft. Aufgrund der Nähe zur Krämerbrücke habe sich die Problematik bis dorthin ausgeweitet. Bewohner des Umfelds der Krämerbrücke hätten Besorgnis über die Entwicklung geäußert. Eine Entspannung ist aus diesem Grund überhaupt nicht zu erkennen. Abschließend richtete sie sich an den Beigeordneten für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft, Herr Linnert, und wies darauf hin, dass die Beantwortung wegen eventueller Sondernutzungsgenehmigungen nicht erfolgt sei.

Herr Linnert erinnerte, dass keine Genehmigungen mehr zum Betreiben gastronomischer Einrichtungen beantragt werden müssen. Bezüglich Sondernutzungen des "Spätis" liegen keine Anträge vor. Bis zum heutigen Tag ist keine Anzeige wegen angeblicher Verstöße beim Bürgeramt eingegangen. Die Mitarbeiter sind auf Hinweise angewiesen, um Verstöße zeitnah ahnden zu können. Wegen des steigenden Lärmpegels teilte er nochmals mit, dass die Problematik der Zurechenbarkeit immer gegenwärtig ist. Da durch die Lokalität "Nachtschicht" selbst keine emissionsschutzrechtlichen Bedenken vorlagen und ansonsten auch alle Voraussetzungen erfüllt wurden, stand der Bewilligung einer Baugenehmigung nichts im Wege.

Aufgrund der Aussagen des Beigeordneten entgegnete Frau Walsmann, dass ihrem Kenntnisstand nach nachweislich Anzeigen erfolgt sind.

Nicht nur die Meienbergstraße, so Herr Metz, Fraktion SPD, sei von Lärm in den Abend- und Nachtstunden betroffen. In seinem eigenen Wohnumfeld befänden sich ebenfalls "Schankwirtschaften", welche keine Handhabe über das Verhalten ihrer Gäste vor dem Lokal haben, berichtete er. Aufgrund der aktuellen Berichte habe er sich selbst ein Bild von der Situation in der Meienbergstraße gemacht und musste feststellen, dass auch Besucher der sich auf dem Anger befindlichen Diskothek "Cosmopolar" für einen enormen Lärmpegel sorgen. Von der "Nachtschicht" selbst gehe kein Lärm aus.

Der Sprecher der Anliegergemeinschaft "Meienbergstraße" gab zu Bedenken, dass ggf. die Anpassung der Schließzeiten eine Verbesserung herbeiführen könnten. Anfänglich bestanden die Probleme nur am Wochenende, mittlerweile würde man über die gesamte Woche den Lärm der Gäste vernehmen.

Aufgrund der Aussagen der Vorredner, erkundigte sich Herr Horn beim anwesenden Leiter des Bürgeramtes, an welchen Tagen und zu welchen Zeiten eine Kontrolle stattgefunden habe. Er stellte außerdem die Überlegung an die Kontrolldichte zu erhöhen, um die Situation zu entschärfen.

Der Leiter des Bürgeramtes teilte mit, dass in den Sommermonaten bis 2:00 Uhr Kontrollen durchgeführt wurden und gab detaillierte Zeiten an, an welchen die Kontrollen stattfanden. Auch im Monat September wurde und wird bis 2:00 Uhr überwacht. Alle Mitarbeiter sind angewiesen auch wegen Verstößen bzgl. Sondernutzungen aufmerksam zu sein. Wegen des erwähnten "Späti´s" muss mitgeteilt werden, dass durch die Mitarbeiter keine ille-

gale Sondernutzung festgestellt werden konnte. Er bat nochmals um detaillierte Hinweise (z. B. Bilder der Verstöße als Beweis), um umgehend handeln zu können.

Aufgrund der Ausführungen zu den baurechtlichen Vorgängen, wurde durch Frau Walsmann darauf hingewiesen, dass durch eigene Ämter Empfehlungen ausgesprochen wurden Auflagen stärker zu erteilen. Wenn nachweislich Fakten geliefert werden, könnte die Stadt dann nicht von sich aus Genehmigungssachverhalte zurücknehmen? Da noch eine Behandlung im Bau und Verkehrsausschuss ausstehe, bat sie die dort gewonnenen Erkenntnisse dem Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile zuzuarbeiten, um die weitere Vorgehensweise abzustimmen. Weiterhin äußerte sie die Bitte, bei Genehmigungen von Sondernutzungen und räumlichen Umnutzungen, wie hier zur Gastronomie, die Belange der Örtlichkeiten mit zu berücksichtigen. Manche Begebenheiten geben dies einfach nicht her.

Es wurde durch Herrn Linnert nochmals klargestellt, dass nur dann genehmigt werden kann, wenn auch eine Genehmigungspflicht besteht. Das Betreiben einer Gastronomie zu untersagen, kann z. B. nur bei gewerblicher Unzuverlässigkeit, welche das Landesverwaltungsamt feststellen muss, erfolgen, entgegnete Herr Linnert. Dafür müssen schwerwiegende Gesetzesverstöße der Gastronomen vorliegen, was in diesem nicht vorliegt. Umnutzungen wiederum werden vom Bauamt bewertet und entschieden. Wenn Auffälligkeiten festgestellt oder Abweichungen entdeckt werden, dann schreiten die Mitarbeiter der jeweiligen Ämter auch ein. Es sei denn es handelt sich um sehr niedrigschwellige Abweichungen, bei welchem nach dem Opportunitätsprinzip eine Abwägung erfolgen darf. Es ist immer ein Störer notwendig, um Verstöße zu ahnden. Er bekräftigte ebenfalls die Aussagen des Leiters des Bürgeramtes, dass mit Hilfe von Bildmaterial u. a. die Möglichkeit besteht diesen nachzugehen.

Es wurde im Anschluss nochmals durch Herrn Horn darauf hingewiesen, dass eine der Mitbetreiberinnen der Lokalität "Nachtschicht" anwesend ist und man dieser ebenfalls die Möglichkeit einräumen muss, zu den getroffenen Aussagen Stellung zu nehmen.

Die Mitbetreiberin der "Nachtschicht" bedankte sich für die Möglichkeit auch ihre Sicht der Dinge mitzuteilen. Es ist durchaus ein Fakt, dass der Lärmpegel in der Meienbergstraße sehr hoch ist. Doch diese Probleme liegen nicht erst seit der Eröffnung des Lokals "Nachtschicht" vor. Grundlegend wollte sie erklären, dass der überwiegende Teil ihrer Kundschaft ebenfalls in der Gastronomie tätig ist bzw. anderen Berufen, welche bis in die Abend- oder Nachtstunden, nachgeht (wie auch u. a. Polizeibeamte und Feuerwehrleute). Der Kundstamm besteht somit aus rechtschaffenden Menschen, welche nach ihrer Arbeit noch eine Möglichkeit suchen ihren Feierabend zu begehen. Gerade die Personen, welche für Lärmbelästigungen oder Verschmutzungen verantwortlich sind oder die Gefahr besteht, werden eben gerade nicht durch ihr Personal eingelassen. Außerdem wurden alle Mitarbeiter – nach dem die ersten Beschwerden an sie herangetragen wurden – instruiert, nach der Schließung, im Umfeld des Lokals auffällige Verschmutzungen (z. B. zerschlagene Bierflaschen) zum Gemeinwohl zu beseitigen sind. Dies geschehe auch. Abschließend bekundete sie ihre absolute Gesprächsbereitschaft, um in einem offenen Dialog mit Anwohnern und Polizei/ Ordnungsbehörden zu treten.

Zum Abschluss bedankte sich der Vorsitzende für das Angebot der Betreiberin offen für weitere Dialoge zu Verfügung zu stehen, da sicherlich jedem gelegen ist eine schnelle und diplomatische Lösung zu finden. Außerdem sei es auch ein kleiner Erfolg, dass das Bürgeramt die Kontrolldichte erhöht hat.

Aufgrund der noch ausstehenden Beratung im Bau- und Verkehrsausschuss einigte man sich auf Vertagung der Angelegenheit. Durch den Vorsitzenden wurden alle Beteiligten ausdrücklich zur nächsten Behandlung eingeladen.

vertagt

- 6.2.1. Vertagung vom 21.08.2018 1424/18**
Festlegung aus der öff. Sitzung des StR vom 27.06.2018
zum TOP 6.2.16 (DS 1251/18 - Lärmbelästigung in der
Meienbergstraße) - Nachfragen
BE: Beigeordnete für Umwelt, Kultur und Sport
hinzugezogen: Sprecher der "Anliegergemeinschaft Meienbergstraße"

Siehe TOP 2 und 6.2

vertagt

- 6.2.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO vom 21.08.2018 zum TOP 5.2 + 5.2.1 (DS 1251/18 u. 1424/18) - Lärmbelästigung in der Meienbergstraße ...etc. - hier: ordnungsrechtliche Möglichkeiten 1719/18**
BE: Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft;
Leiterin des Bauamtes
hinzugezogen: Sprecher der "Anliegergemeinschaft Meienbergstraße"

Siehe TOP 2 und 6.2

vertagt

- 6.3. Verweisung aus der Stadtratssitzung vom 05.09.2018 1740/18**
Flächen- und Waldbrände
BE: Fragesteller Herr Metz, Fraktion SPD
hinzugezogen: Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft

Nachdem dem Fragesteller Herrn Metz, Fraktion SPD, das Wort übergeben wurde, stellte er klar, dass seine Absicht nur darin besteht, aufgrund des sehr trockenen Sommers sowie der aktuellen Ereignisse (Moorbrand bei Meppen), zu klären, ob die Landeshauptstadt Erfurt grundlegend für solche Ereignisse ausreichend vorbereitet ist. Es stellte sich eben die Frage, ob die Ausrüstung stimmt, ggf. noch Gerätschaften fehlen oder die Ausbildung oder Ausrüstung eventuell noch verbessert werden müsste. Wenn laut Stellungnahme die Zusammenarbeit auch mit den Nachbarkreisen funktioniert, z. B. wegen der ICE-Bahnlagen über die Stadtgrenze hinaus, besteht Zufriedenheit. Er stellte jedoch klar, dass gem. der Beantwortung die Aussage getroffen wurde, dass es keine Probleme gibt und man hinreichend vorbereitet ist.

Der Ausschussvorsitzende, bedankte sich für die Anfrage. Es ist jedem klar, dass wegen des Klimawandels unstrittig in den nächsten Jahren die Waldbrandgefahr steigt. Er informierte, dass Seitens des Umweltministeriums eine kurz-, mittel- und langfristige Beurteilung der Waldbrandgefahr nach Wuchsbezirken erfolgt ist. Dies auch für den Raum Erfurt, hier mittel- und langfristig. Es gibt somit Tage pro Zeitraum, in denen Waldbrandgefahr besteht. Auch unter dem Aspekt der aktuellen Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplans, sollte darüber beraten werden. Er richtete das Wort an den Mitarbeiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz – Abteilungsleiter Gefahrenabwehr – ob es denn im Rahmen der Fortschreibung nicht eine Überlegung ist hier nochmals vertiefend zu prüfen.

Es wurde durch den Abteilungsleiter Gefahrenabwehr erklärt, dass Flächen- und Waldbrände immer komplexe Einsatzlagen darstellen. Mitnichten stellen diese Einsätze eine einfach zu lösende Aufgabe dar. Jedoch ist man nach der aktuellen Risikoeinschätzung entsprechend der Vorgaben des ThüringenForst aufgestellt. Flächen- und Waldbrände sind solche besonderen Einsätze, für die man so viel unterschiedlichste Technik vorhalten könnte, wie es die Risikoeinschätzung hergibt. Durch die in Thüringen vorliegenden Mischwälder, müssen z. B. keine Löschpanzer – wie bei Nadelwäldern – angeschafft werden. Es kann durchaus eine Situation entstehen, in welcher nachbarschaftliche oder sogar überregionale Hilfe in Anspruch genommen werden muss, aber die Ausrüstung ist der momentanen Einschätzung angepasst.

Wegen der intensiven Beratung, wurde durch den Beigeordneten für Bürgerservice, Sicherheit und Ortsteile, Herr Linnert auf die noch im nichtöffentlichen Teil abzustimmenden Entscheidungsvorlagen hingewiesen. Er stellte aus diesem Grund einen Antrag zur Geschäftsordnung, nach dem der öffentlichen Teil unterbrochen werden sollte, die Nichtöffentlichkeit herzustellen sei – um nach den Abstimmungen wieder in die öffentliche Sitzung einzusteigen. Er ergänzte auf Nachfrage von Herrn Metz, ob es auf Landesebene Pläne zur Gefahrenabwehr gibt, dass durchaus Absprachen mit entsprechenden Aufsichtsbehörden bestehen und z. B. bereits an den erwähnten ICE-Strecken Übungen weit über Stadtgebiet hinaus mit anderen Feuerwehren stattgefunden haben.

Aufgrund des Antrages ließ der Vorsitzende über diesen mit folgendem Ergebnis abstimmen:

abgelehnt Ja 1 Nein 7 Enthaltung 0 Befangen 0

Nachdem der Antrag abgelehnt wurde, einigte man sich einstimmig auf die Vertagung der Angelegenheit.

vertagt

7. Festlegungen des Ausschusses

- 7.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO 27.02.2018 - 0539/18**
TOP 5.1 ff. ... Dringliche Anfrage - Busverbindung in die
Innenstadt... hier: Fahrplankonzept Testphase Weih-
nachtsmarkt
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und
Liegenschaften

Da kein weiterer Klärungsbedarf bestand, unterbreitete der Vorsitzende, Herr Horn, Fraktion CDU, den Vorschlag die Angelegenheit zur Auswertung im Februar 2019 erneut zu behandeln. Es erhob sich kein Widerspruch gegen diese Vorgehensweise.

vertagt

- 7.2. Vertagung vom 08.05.2018 0765/18**
Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO vom
10.04.2018 zu TOP 6.2.1 - "...Festlegung aus der öffentli-
chen Sitzung OSO vom 22.08.2017 - "TOP 5.2., 5.2.1..." hier:
Budget Mülleimer etc.
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und
Liegenschaften

zur Kenntnis genommen

- 7.3. Vertagung vom 08.05.2018 0767/18**
Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO vom
10.04.2018 zu TOP 7.4 -Sicherheit im Umfeld der IGS Er-
furt-Johannesplatz-
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und
Liegenschaften
hinzugezogen: Ortsteilbürgermeisterin Johannesplatz

zur Kenntnis genommen

- 7.4. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung BuV vom 26.04.2018 und OSO vom 08.05.2018 0915/18
Konzept zum ruhenden Lkw-Verkehr im Güterverkehrszentrum (GVZ) Erfurt (DS 0662/18)
hier: Informationen zum aktuellen Sachstand
BE: Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft
hinzugezogen: Ortsteilbürgermeister/in Azmannsdorf, Büßleben, Hochstedt, Linderbach, Vieselbach

zur Kenntnis genommen

- 7.5. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO vom 21.08.2018 zum TOP 5.8 - Bearbeitungsstand der Planung eines Sport- und Funktionsgebäudes (DS 1346/18) - hier: Umsetzungsstand Vorhaben 1720/18
BE: Beigeordnete für Umwelt, Kultur und Sport
hinzugezogen: Werkleitung Erfurter Sportbetrieb;
Ortsteilbürgermeister Windischholzhausen

Aufgrund einer im Ausschuss Stadtentwicklung und Umwelt getroffenen Festlegung – **Drucksache 1706/18** (Festlegung aus der öff. Sitzung StU vom 21.08.2018 - Bearbeitungsstand der Planung eines Sport- und Funktionsgebäudes (DS 1346/18) in Windischholzhausen - hier Lösungsmöglichkeiten) und den dort zu erwartenden Ergebnissen nach der Vorortbegehung, schlug der Vorsitzende, Herr Horn, Fraktion CDU, den Mitgliedern vor, die Angelegenheit bis nach der Behandlung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt zu vertagen.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

vertagt

8. Informationen

- 8.1. Vertagung vom 08.05.2018 0293/18
Maßnahmepaket Ehrenamt FF
BE: Leiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz

Es wurde durch Herrn Frenzel, Fraktion CDU, informiert, dass erfreulicherweise die Vereinbarung mit einem Fitnessstudio getroffen werden konnte, dass Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr nur ermäßigte Mitgliedsbeiträge zahlen müssten, sollten sie einen Vertrag abschließen. Hierbei handele es sich auch ein Fitnessstudio, was gerade für die Kameradin-

nen und Kameraden sehr flexible Öffnungszeiten habe – sieben Tage die Woche 24 Stunden. Aus diesem Grund bat Herr Frenzel um Unterstützung durch die Verwaltung bzgl. der Zuarbeit einer rechtssicheren Formulierung für die Fortschreibung des Maßnahmenpakets, um die finanzielle Unterstützung zu verankern. Die Begeisterung unter den Kameradinnen und Kameraden sei sehr groß, so dass eine schnellstmögliche Umsetzung sehr erfreulich wäre.

Der Vorsitzende sprach seine Begeisterung, im Namen aller Mitglieder aus, dass nunmehr eine Möglichkeit bestehe für Feuerwehrleute vergünstigt Mitglied in einem Fitnessstudio werden zu können. Aus gegebenem Anlass einigte sich der Ausschuss auf folgende Festlegung:

Drucksache 2078/18	Festlegungen Die Verwaltung wird gebeten, eine rechtssichere Formulierung bzgl. einer finanziellen Unterstützung zu einer Mitgliedschaft in einem Fitnessstudio für die Mitglieder/-innen der Freiwilligen Feuerwehren zu finden (vgl. Anlage – Formulierungsvorschlag von Stadtratsmitglied Frenzel, Fraktion SPD). Eine entsprechende Erweiterung/ Fortschreibung des Maßnahmenpakets zur Ehrenamtsförderung der Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Erfurt ist dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen. T.: 13.11.2018 V.: Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft
-------------------------------	--

vertagt

8.2. Sonstige Informationen

Es bestand kein weiterer Informationsbedarf, so dass durch den Vorsitzenden, Herrn Horn, Fraktion CDU, die Nichtöffentlichkeit hergestellt und die öffentliche Sitzung beendet wurde.

gez. Horn
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer/in